

schiefernden Gegner drohten zu handfesten Zusammenstößen zu eskalieren. Das besonnene Auftreten der führenden Personen auf beiden Seiten verhinderte das Schlimmste. Zur Entschärfung der Lage trug auch die Nachricht bei, dass in der Person des Prinzen Karl von Liechtenstein ein fürstlicher Vertreter das Amt des Landesverwesers übernehmen werde. Prinz Karl traf am 6. Dezember in Vaduz ein. Bereits tags darauf wurde Dr. Ritter von der Mehrheit des Landtages «geopfert», wie die Oberrheinischen Nachrichten berichteten. Ein Neun-Punkte-Programm, in den Tagen vom 6.–9. Dezember 1918 ausgehandelt, enthielt wesentliche Zugeständnisse an die Forderungen bezüglich der Ausweitung der Volksrechte. Dies bedeutete einen weiteren Schritt hin zur momentanen Normalisierung der Lage.

Die Entwicklung in den vier Wochen nach dem 7. November hatte klar gemacht, dass der Schritt der Verantwortlichen über den verfassungsmässigen Rahmen hinaus nicht die erhoffte Unterstützung der Mehrheit des Volkes gefunden hatte. Die fehlende Legalität konnte nicht durch das Argument der Legitimität der Volksmehrheit begründet werden.

So können die Vorgänge vom 7. November als ein teilweise verfassungswidriges Aufbegehren – der Begriff «Revolution» würde dem Vorgang nicht gerecht werden – gegen verkrustete, reformbedürftige Verfassungsinhalte bezeichnet werden. Von berechtigtem Reformeifer und persönlichem Ehrgeiz angetriebene Protagonisten einer Ausweitung der Volksrechte und der Nationalisierung der Exekutive versuchten das Rad der Geschichte zu beschleunigen, ohne aber den Wagen umwerfen zu wollen.

Der ausgehandelte Kompromiss des Neun-Punkte-Programms war aber für den Moment Erfolg genug und bot eine vielversprechende Basis für Verhandlungen über eine Verfassungsreform.

Union, deren Basis aus den alten Volkspartei-Anhängern bestand und an deren Spitze neben den Heimatdienst-Vorstandsmitgliedern Dr. Otto Schädler und Dr. Alois Vogt weitere aus der Volkspartei herausgewachsene Persönlichkeiten standen, wurde der Heimatdienst schliesslich aufgesogen.

Die zahlenmässig übermächtige Volkspartei-Basis trug die Aufgeschlossenheit und sozialpolitische Ausrichtung in der Union weiter. Das Volkspartei-Stammgebiet Oberland blieb mehrheitlich der Vaterländischen Union treu, das Unterland blieb weiterhin mehrheitlich im Lager der Bürgerpartei.

Die «Liechtensteiner Nachrichten» erhalten die Bezeichnung «Liechtensteiner Vaterland» und werden das Blatt der Vaterländischen Union (28.12.).